

Die Vorsitzende bat die Vertreter des Jobcenters zum Antrag Stellung zu nehmen.

Frau Kramer stellte daraufhin Frau Stolz aus dem Bereich Markt und Integration und Herrn Klein aus dem Leistungsbereich des Jobcenters vor. Anschließend ging Herr Klein auf die Bitte der Vorsitzenden ein und erklärte, ihm seien bisher keine Fälle bekannt, in denen über das Wochenende eine Stromabstellung durch die Energieversorger erfolgte und Familien hierdurch in Not geraten seien. Aus Gesprächen mit den Energieversorgern sei ihm bekannt, dass eine Einstellung der Energieversorgung beim Kunden zuvor rechtzeitig angekündigt werde und auch nicht über das Wochenende erfolge. Vor diesem Hintergrund erachte er die Einrichtung eines Notfall-Telefons nicht für notwendig. Herr Klein machte zudem darauf aufmerksam, dass das Jobcenter nicht über Bargeldbestände verfüge, die für eine schnelle Problemlösung eingesetzt werden könnten.

Abg. Mazur-Flöer berichtete von ihren Erfahrungen als Rechtsanwältin, dass es in den geschilderten besonderen Situationen wichtig sei, sich frühzeitig mit dem Jobcenter in Verbindung zu setzen. Sie bestätigte, dass die Einstellung einer Stromlieferung zwar tatsächlich nicht über das Wochenende oder über die Feiertage veranlasst werde, gab aber zu bedenken, dass häufig das Problem darin liege, dass die Mitarbeiter des Jobcenters schlecht zu erreichen seien. Sie begrüße aus diesem Grunde die Einrichtung eines Notfall-Telefons beim Jobcenter.

Abg. Hurnik wies auf die besonderen Lebensumstände und persönlichen Probleme einiger Leistungsbezieher hin, die mutmaßlich Ursache für die Entstehung der angesprochenen Notsituationen seien. Für solche Situationen müsse eine angemessene Lösung gefunden werden. Verwaltungen von Kommunen und Energieversorger hätten zu diesem Zweck bereits Bereitschaftsdienste eingerichtet. Es sei daher nicht nachvollziehbar, aus welchem Grunde eine der wichtigsten sozialen Einrichtungen des Kreises nicht über ein solches Angebot verfüge. Er schlug daher vor, die Angelegenheit nochmals in der Trägerversammlung des Jobcenters zu thematisieren. Dem stimmten die Mitglieder des Ausschusses zu.